

# sozialdemokratischer pressediens

P/XXIX/167

3. September 1974

Entwicklungshilfe ohne Bevölkerungsplanung unmöglich

-----  
Feststellungen zur Weltbevölkerungskonferenz in  
Bukarest

Von Alwin Brück MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 1 und 2 / 59 Zeilen

Hauptleute können hoffnungsvoll sein

-----  
Bundeswehr-Tatsachen gegen CDU-Behauptungen

Von Karl Wilhelm Berkhan MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister  
der Verteidigung

Seite 3 und 4 / 54 Zeilen

Hat der Parteijournalismus noch eine Chance ?

-----  
Zum 100. Geburtstag des "Vorwärts"-Chefredakteurs  
Friedrich Stampfer

Von Gerhard E. Gründler  
Chefredakteur der sozialdemokratischen Wochenzeitung  
"Vorwärts"

Seite 5 und 6 / 81 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressehaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 60 37 - 38  
Telex: 08 00 846 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11

Entwicklungshilfe ohne Bevölkerungsplanung unmöglich  
-----

**Feststellungen zur Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest**

**Von Alwin Brück MdB**

**Parlamentarischer Stasesekretär beim Bundesminister  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

Die Frage ist berechtigt: Hätte man das Geld, das die Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest gekostet hat, nicht besseren Zwecken zuführen können? Schließlich ist das Ergebnis der Konferenz nicht umwerfend, und viel Neues ist auch nicht gesagt worden. Die meisten Reden waren Fensterreden, und der leicht veränderte Weltbevölkerungsaktionsplan enthält nur Empfehlungen. Aber diese Frage stellen, heißt dann auch die Frage nach der Zweckmäßigkeit von UN-Veranstaltungen schlechthin zu stellen - bis hin zum Sinn der Vereinten Nationen überhaupt.

Schließlich treffen sich in den Vereinten Nationen Staaten unterschiedlicher Entwicklungsstufen und Gesellschaftsordnungen. Die Interessen gehen oft weit auseinander. Und so war es auch in Bukarest. Die Enttäuschung über Verlauf und Ergebnis der Konferenz wird in Grenzen gehalten, wenn man sich von vorneherein darüber klar war, daß auch die Grenzen einer solchen Konferenz sehr eng sind. Wobei man freilich manchmal nur mit Staunen zuhört, wie aneinander vorbeigeredet wird, obwohl die Probleme des immer rascheren Anwachsens der Weltbevölkerung ein Aneinandervorbeireden kaum gestatten.

Was bleibt unterm Strich? Es scheint mir sicher, daß die Diskussion um das rapide Anwachsen der Weltbevölkerung nicht enden wird. Vielleicht haben sich viele Menschen in allen Ländern der Welt durch diese Konferenz zum erstenmal mit dem Problem befaßt. Das Problembewußtsein wird wachsen, auch wenn kaum jemand ein Patentrezept haben wird. Die Pille allein kann die Probleme der Entwicklungsländer nicht lösen, aber ein unge-

bremstes Bevölkerungswachstum wird diese Probleme nur noch größer machen. Deshalb ist Bevölkerungsplanung auch nur ein Instrument der Entwicklungspolitik, das ohne andere Instrumente zudem ohne Wirkung bleibt. Wie kann man Eltern klarmachen, daß sie mit nur zwei Kindern ein besseres Leben führen können als mit zehn, wenn eine große Zahl von Kindern die einzige Versicherung für Krankheit und Alter ist?

Unsere europäische Geschichte beweist, daß mit zunehmender Entwicklung die Zahl der kinderreichen Familien immer mehr zurückgeht bis zu einem Punkt, da die Bevölkerung nicht mehr wächst und sogar abnimmt. War es nicht so, daß gerade die ärmeren Familien bei uns früher viele Kinder hatten? Heute ist das eher umgekehrt. Uns in Europa gelang es, den Teufelskreis "Weil wir arm sind, haben wir viele Kinder, und weil wir viele Kinder haben, sind wir arm" zu durchbrechen. Wachsender Lebensstandard, bessere Bildung, die Erfindung der Pille und nicht zuletzt das Wollen der Eltern nach Planung ihrer Familie haben das erreicht.

Man würde es sich auch zu einfach machen, würde man die Dinge nicht von Land zu Land differenziert sehen. Die Probleme stellen sich in Bangladesch mit seiner hohen Bevölkerungsdichte anders als in den meisten afrikanischen Staaten mit ihren leeren Räumen. Aber auch hier muß man sich hüten, die Zahl der Menschen mit der Zahl der Quadratkilometer allein zu vergleichen. Schließlich ist Quadratkilometer nicht gleich Quadratkilometer. Ein Land, das für seine Neugeborenen genügend Raum hat, genügend zum Essen, genügend Schulen, genügend Arbeitsplätze, dessen gesamte Infrastruktur gut ausgebaut ist, braucht Bevölkerungswachstum nicht zu fürchten. Nur wer hat das schon?

Deshalb sollten Bevölkerungswachstum und sozio-ökonomische Entwicklungen in Einklang gehalten werden. Dann ist es sogar vorstellbar, daß eine höhere Bevölkerungsdichte die Entwicklung eines Landes beschleunigen kann, wie wir in Europa sehen können. Das gilt aber nicht, wenn die Zahl der Neugeborenen beispielsweise die Zahl der neugeschaffenen Schulplätze bei weitem übersteigt oder der Zuwachs der Bevölkerung größer ist als der Zuwachs der Lebensmittelproduktion.

Deshalb hängt die Entwicklung eines Landes auch von der Entwicklung der Bevölkerung ab. Das heißt: Entwicklungspolitik ist ohne Bevölkerungsplanung auf die Dauer nicht möglich, Bevölkerungsplanung aber ohne Entwicklung auch nicht.  
(-/3.9.1974/ks/ex)

+ + +

Hauptleute können hoffnungsvoll sein

Bundeswehr-Tatsachen gegen CDU-Behauptungen

Von Karl Wilhelm Berkhan MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung

Der CDU-Abgeordnete Dr. Manfred Wörner hat sich in einem Zeitungsbericht unter der Überschrift "Hauptleute ohne Hoffnung" zum "Beförderungsstau" in der Bundeswehr geäußert. Bei der Kenntnis der Materie, über die er als verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion verfügt, hätte man einen ausgewogenen, der Sache dienlichen Vorschlag erwarten können. Über einen konstruktiven Beitrag zur Lösung der Probleme einer leistungs- und altergerechten Beförderungsregelung hätte man diskutieren können. Dem vorliegenden Bericht jedoch kann nur widersprochen werden.

Es herrscht keine Hoffnungslosigkeit unter den Hauptleuten. 1972 wurde mit 33,7 Lebensjahren das niedrigste Durchschnittsalter bei der Beförderung zum Major in der Geschichte der Bundeswehr erreicht. Noch 1965 - als die CDU den Verteidigungsminister stellte - wurden die Hauptleute durchschnittlich 43,5 Jahre alt, ehe sie Major werden konnten. 1972 und 1973 ist es durch gezielte Maßnahmen der Bundesregierung gelungen, dieses Alter unter 34 Jahre zu senken. Selbst der Zeitpunkt für die Beförderung zum Oberstleutnant lag 1973 mit 38,1 Jahren sehr deutlich unter dem der Majore von 1965.

Wer dies weiß, kann nicht von spürbarer Verbitterung der Hauptleute über ihre Beförderungssituation sprechen, ohne sich den Vorwurf der Polemik auszusetzen.

Zur Zeit geht es nicht darum, das Beförderungsalter weiter zu senken, sondern den erreichten günstigen Stand auch in Zukunft zu halten. Hier liegt die eigentliche Schwierigkeit und der Anlaß für gewisse Sorgen, die

Hauptleute und Verteidigungsminister gleichermaßen für die Zukunft hegen.

Die Wiederaufstellung der Streitkräfte nach einem Jahrzehnt ohne Soldaten hat zu einer unharmonischen Altersstruktur des Offizierkorps geführt. Nach den schwachen Jahrgängen 25 bis 34 steigen nun sehr starke Offizierjahrgänge in Stabsoffizierpositionen auf, während gleichzeitig weniger starke Jahrgänge entlassen werden. So stehen denn auch weniger freie Beförderungsatellen zur Verfügung als benötigt werden. Das kann ein steigendes Beförderungsalter nach sich ziehen, wenn kein Weg gefunden wird, das Stellendefizit auszugleichen.

Die Forderungen des CDU-Abg. Wörner setzen so am falschen Punkt an und bringen nicht die notwendige Entspannung der Planstellensituation. Der Wunsch nach Offenlegung und Verbesserung des Beförderungsverfahrens kann das Problem nicht lösen; zudem stehen die einschlägigen Gesetze und Bestimmungen jedermann zur Verfügung. Außerdem können Offiziere heute jederzeit erfahren, wann sie voraussichtlich befördert werden. Darüber hinaus werden alle Ernennungen der Offiziere laufend bekannt gegeben. Sie können von allen gelesen werden und geben dem einzelnen die Möglichkeit, seinen Werdegang mit dem anderen zu vergleichen.

Die geforderte ausgewogene, langfristig gerechte Planung ist in einem Maße verwirklicht, wie dies wahrscheinlich zuvor in keiner deutschen Armee der Fall war.

Strukturbedingte Engpässe lassen sich nicht allein mit Planungen aus der Welt schaffen. Eine Forderung nach Stellenanhebungen hat der Abg. Wörner jedoch nicht erhoben. Sie stünde auch im Widerspruch zu den Appellen der Opposition, im öffentlichen Dienst zu sparen. So war denn sein Rat-schlag wenig hilfreich.

Die sozialliberale Bundesregierung hat u.a. die Laufbahn der Offiziere entscheidend verbessert. Ein Hochschulstudium ist zum Regelfall geworden. Die Bundesregierung wird dafür Sorge tragen, daß die Hauptleute weiter hoffnungsvoll in die Zukunft schauen können. (-/3.9.1974/ks/ex)

## Hat der Parteijournalismus noch eine Chance ?

---

Zum 100. Geburtstag des "Vorwärts"-Chefredakteurs Friedrich Stampfer

Von Gerhard E. Gründler

Chefredakteur der sozialdemokratischen Wochenzeitung "Vorwärts"

Friedrich Stampfer, an dessen 100. Geburtstag in dieser Woche zu erinnern ist, war von Ende 1916 bis zum 27. Februar 1933, dem Tag des Reichstagsbrandes, Chefredakteur einer Berliner Tageszeitung namens "Vorwärts". Er redigierte das Zentralorgan der SPD im Sinne der Parteilichkeit. Und er schaffte, was nach ihm kein Sozialdemokrat mehr geschafft hat: Er blieb ein erfolgreicher Parteizeitungsmacher, obwohl er als Reichstagsabgeordneter und Mitglied des Parteivorstandes mit einem Bein in der praktischen Politik stand. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben es ihm einige gleichgültig wollen. Das Ergebnis heißt sozialdemokratische Pressekrise.

Der "Vorwärts" erlebte nach der Stabilisierung der deutschen Währung Ende 1923 eine Blütezeit, in der seine Morgen- wie auch seine Abendausgabe jeweils über 300.000 Auflage erreichten. Die Zeitung wurde damals aktualisiert und modernisiert, wodurch sie dem Geschmack breiter Leserschichten angepaßt werden konnte. Niemals waren Einfluß und Reichweite des Blattes größer als unter Friedrich Stampfer. Seine Redakteure und Mitarbeiter bewunderten Stampfers journalistischen Instinkt, sein immenses politisches Wissen und die Gewandtheit seiner Feder. Selbst jene, die den Umgang mit diesem Chefredakteur gelegentlich beschwerlich fanden, rühmten seine väterliche Förderung oder die Entschlossenheit, mit der er die Redaktion gegen Angriffe von außen abdeckte.

Der Mann, dem solch ein wehmütiger Rückblick in die goldenen Zeiten sozialdemokratischer Presse gilt, wurde am 8. September 1874 geboren, in Brünn, der Hauptstadt Mährens, die damals das "österreichische Manchester" hieß. Er stammte also aus der alten k.u.k.-Monarchie. Sein Vater war Rechtsanwalt: ein Mann, der sich den Idealen der liberalen Demokratie verpflichtet fühlte, für die er im Revolutionsjahr 1848 auch gekämpft hatte. Die Stampfers gehörten zu den in der deutschen Oberschicht von Brünn recht zahlreichen jüdischen Familien. Sie empfanden sich freilich so sehr als Deutsche, daß jüdische Tradition und jüdisches Gruppenempfinden dahinter zurücktraten; der Religion waren sie längst entfremdet.

Die sozialen Verhältnisse in der Industriestadt Brünn mit ihrer überwiegend tschechischen Arbeiterschaft weckten das politische Interesse des jungen Stampfer. Als Elfjähriger erlebte er, wie streikende Arbeiter, darunter zerlumpte und barfußige junge Menschen, von Dragonern, hoch zu Pferde und mit gezogenen Säbeln, auseinandergetrieben wurden. Ein Bild, das ihn nie mehr verlassen hat, wie er in seinen Lebenserinnerungen berichtet. Die bedrückenden Klassenunterschiede, verschärft noch durch den Nationalitätenhaß, das Gefühl, den Arbeitern geschehe Unrecht, drängten

ihn - damals noch Gymnasiast - zur Mitarbeit beim Brünner "Volksfreund" und zur Sozialdemokratie. Er wurde Sozialist aus Ablehnung gegen das Unrecht. Ein marxistischer Schulfreund verspottete ihn deshalb als "Gefühlssozialisten".

Stampfer nahm solchen Spott zum Anlaß, Marx genau zu studieren. Aber ein richtiger Marxist ist er niemals geworden. Vom liberalen Erbe seines Elternhauses geprägt, wurde er zum Verfechter einer undogmatisch-pragmatischen SPD-Linie. Er stellte sich auf die Seite jener süddeutschen Genossen, die im Interesse besserer Lebensbedingungen für die Arbeiter den Staatsbudgets zustimmten; und bei den Reichstagswahlen 1912 warb er eifrig für ein Wahlbündnis mit den Linksliberalen.

Als Auslandsdeutscher war er empfänglich für nationales Pathos, wie manche seiner Artikel beweisen, und das ja zu den Kriegskrediten machte ihm keine politischen Schwierigkeiten. In der von ihm herausgegebenen Pressekorrespondenz focht er für die Vorstandsmeinung. Die damalige "Vorwärts"-Redaktion stand auf der anderen Seite. Wie der Vorstand das 1916 änderte und Stampfers Einsetzung als Chefredakteur bewirkte, das ist bis heute umstritten geblieben. Stampfer wurde zeitweilig bei Linken, Unabhängigen und Spartakisten zum meistgehaßten Mann.

Welche Ironie, daß ausgerechnet er aus Anlaß des 50. Todestages von Karl Marx am 27. Februar 1933 für den von der Hitler-Regierung mit Sprechverbot belegten Arthur Crispian als Ersatzredner einspringen sollte. Aber für theoretische Zänkereien war nicht mehr die Zeit. Im überfüllten Sportpalast begann Stampfer wenige Stunden vor dem Reichstagsbrand seine Rede mit beißendem Hohn auf die Antimarxisten - jeder wußte, daß die Nazis gemeint waren: "Um ein wirklicher Marxist zu sein, (muß man) ungeheuer viel wissen... Um ein Antimarxist zu sein - dazu braucht man gar nichts zu wissen!" In den tosenden Beifall platzte der Polizeibefehl: "Die Versammlung ist aufgelöst".

Der "Vorwärts" mit dem Bericht über den Reichstagsbrand und dem Wortlaut der nicht zuende gehaltenen Stampfer-Rede wurde noch gedruckt, aber nicht mehr ausgeliefert. Seit dem NS-Verbot gibt es keine Tageszeitung namens "Vorwärts" mehr. Stampfer konnte noch eine Zeit lang im Prager Exil einen "Neuen Vorwärts" als Wochenblatt redigieren. Nach seiner Rückkehr aus den USA 1948 erachien bald wieder eine Stampfer-Korrespondenz; ihre Artikel fanden wegen ihrer geistigen Unabhängigkeit starke Beachtung.

Als er 1957 im Alter von 83 Jahren starb, nannten die Nachrufschreiber ihn den "Nestor des sozialdemokratischen Journalismus". Die Entwicklung der nach dem Krieg wiedererstandenen Wochenzeitung "Vorwärts" hat er noch mit Sympathie verfolgt. Er wußte freilich auch, daß die großen Zeiten der SPD-Presse unwiderbringlich dahin waren. Seine Liberalität und sein journalistisches Niveau haben aber Maßstäbe gesetzt, die dem Parteijournalismus noch immer eine Chance ließen, wenn die Partei wirklich wollte.

(-/3.9.1974/ks/ex)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert